

Sonderdruck aus

Zeitschrift des
Aachener Geschichtsvereins
Band 113/114 · 2011/2012

Die „Revolte“ von Mützenich (1949). Ein Eifeldorf als Indikator der deutsch- belgischen Nachkriegsbeziehungen

von CHRISTOPH BRÜLL

Einleitung: Ein Gemeinderat wird suspendiert

Am 27. Mai 1949 suspendierte der Aachener Regierungspräsident Ludwig Philipp Lude den Gemeinderat des Eifeldörfchens Mützenich nahe bei Monschau, eine Entscheidung, die der nordrhein-westfälische Innenminister Walter Menzel noch am selben Tag bestätigte.¹ Der Kreistag bestellte sich zur Gemeindeführung und eine kommissarische Bürgermeisterin wurde ernannt. Eine Petition war der Grund für diese ebenso drastische wie ungewöhnliche Maßnahme. Die Gemeindevorteiler hatten sie an das belgische Außenministerium in Brüssel gerichtet, um die Angliederung ihres Dorfs an Belgien zu fordern.

Diese „Revolte von Mützenich“ dauerte bis in den Spätsommer 1949 und erhitzte die Gemüter auf beiden Seiten der deutsch-belgischen Grenze. Die Geschichte vom schließlich doch deutsch gebliebenen Eifeldorf, das belgisch werden wollte, könnte als Episode, als Anekdote für Lokal- und Heimatgeschichtler abgetan werden, sie kann aber auch als ein Indikator, sogar als ein Spiegel der deutsch-belgischen Nachkriegsbeziehungen betrachtet werden, was im Folgenden versucht werden soll. Eine solche Betrachtung beruht nicht zuletzt auf der Annahme, dass der Grenzraum kein bloßes Objekt von großer Politik und Nachkriegsregelungen war, sondern dass er ein durchaus eigenständiges Untersuchungsfeld darstellt, dessen Akteure und Handlungen mit der diplomatisch-politischen Ebene interagieren.² Dies darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche

¹ Der Beitrag beruht im Wesentlichen auf den Recherchen des Verfassers im Rahmen seiner Dissertation zu den deutsch-belgischen Nachkriegsbeziehungen: CHRISTOPH BRÜLL, *Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944–1958*, Essen 2009.

² Frühe Beispiele für den hier beschriebenen Fall sind KLAUS PABST, *Das Problem der belgisch-deutschen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre*, in: ZAGV, Bd. 77, 1966 (Sonderdruck). – DERS., *Holländisch für vierzehn Jahre*, in: WALTER FÖRST (Hrsg.), *Entscheidungen im Westen*, Köln 1979, S. 147–176. Zur Rolle des Grenzraums in den deutsch-belgischen Beziehungen seit 1945, auch im Vergleich mit anderen Nachbarschaftsbeziehungen in Europa s. CHRISTOPH BRÜLL, *Le rôle de l'espace frontalier dans le rapprochement belgo-allemand après 1945*, in: BERNARD LUDWIG u. ANDREAS LINSENMANN, *Frontières et réconciliation. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945*, Brüssel 2011, S. 161–178. – DERS., *Das Grenzland in den deutsch-belgischen Beziehungen nach 1945*, in: CHRISTOPH RASS u.a. (Hrsg.),

Grenzraum für Belgien nach 1945 zuvorderst ein Reparationsraum war. Die Parallelen zur „ersten“ Nachkriegszeit nach 1918 sind hier unübersehbar. Denn neben die Ansprüche trat auch die Präsenz belgischer Soldaten in der britischen Besatzungszone, die von der Regierung in Brüssel als Garanten der belgischen Interessen gegenüber dem besetzten Deutschland betrachtet wurden. In den Reaktionen auf Besatzung und Reparationsansprüche spiegelt sich jedoch auch die schwierige sozioökonomische Situation der Eifeldörfer in den ersten Nachkriegsjahren wider. Zerstörung, Strukturschwäche und die Folgen der Grenzlage bestimmten die alltäglichen Sorgen der Bevölkerung und bestimmten maßgeblich deren Haltung gegenüber der Politik der Aachener und Düsseldorfer Behörden. Insofern geht es bei der „Revolte von Mützenich“ nicht nur um die deutsch-belgischen Grenzbeziehungen, sondern auch um ein Stück nordrhein-westfälischer Zeit- und Sozialgeschichte.

Der Beitrag ist in drei Abschnitte geteilt. Zunächst enthält er eine kurze Schilderung der belgischen Reparationsforderungen gegenüber dem besetzten Deutschland und ihrer Entstehung – auf diplomatischer und auf gesellschaftlicher Ebene. Anschließend nehmen wir die Situation in den Grenzdörfern und ihre Reaktion auf tatsächliche und vermeintliche belgische (und niederländische) Ansprüche bis zur Entscheidung im April 1949 in den Blick. Der dritte Abschnitt ist dann der eigentlichen „Revolte von Mützenich“ gewidmet. Zum Schluss wird kurz nach den Folgen für das deutsch-belgische Verhältnis, aber auch für die Eifeldörfer gefragt.

1. Zwischen Neuaufgabe des „Großbelgischen Traums“ und Realpolitik: belgische Reparationsansprüche gegenüber dem besiegten Deutschland³

Die belgischen Interessen gegenüber dem besiegten Deutschland richteten sich – neben Konzeptionen zur zukünftigen staatlichen Organisation des Landes – naturgemäß auf den Grenzraum. Die entsprechenden Überlegungen betrafen nicht nur territoriale, sondern vor allem auch ökonomische Ansprüche: die Industrieinfrastruktur zwischen Aachen und Köln, deren Energieressourcen sowie die Wald- und Wasserreserven der Grenzregion waren Gegenstand zahlloser Vermerke und Studien von Diplomaten und Beamten des Brüsseler Außenministeriums. Bis ins Frühjahr 1947 tobte in Belgien zudem die so genannte „Kohleschlacht“, verursacht durch die Furcht vor einer zukünftigen mangelnden Energieversorgung der

Kriegserfahrung im Grenzland. Das deutsch-belgische Grenzgebiet im Zeitalter der Weltkriege, Aachen 2012 (im Erscheinen).

³ Das Folgende bei BRÜLL, Belgien (wie Anm. 1), S. 57–98 mit zahlreichen Belegen und Literaturverweisen.

Industrie, was das gesteigerte Interesse an den entsprechenden Vorkommen an der deutsch-belgischen Grenze ebenfalls erklärt. Seit dem Frühjahr 1945 waren darüber hinaus belgische Truppen an der Seite der Alliierten ins Rheinland einmarschiert, eine Präsenz, die mit der Schaffung einer Art Unterbesatzungszone innerhalb der britischen Besatzungszone zwischen der Grenze und Köln (und ab 1946 sogar bis Paderborn, 200 Kilometer östlich des Rheins) institutionalisiert wurde. Zwar bemühte die Regierung sich vergeblich, ähnlich wie 1920 auch die politischen Funktionen der Besatzung – in diesem Fall der Militärregierung – übertragen zu bekommen, sicherheitspolitisch wurde jedoch mit der Besetzung Aachens und Kölns ein strategisches Ziel erreicht: eine „Einkreisung“ Belgiens durch Frankreich wurde verhindert. Auch wenn den belgischen Truppen bei der ökonomischen Nutzung gewisser Ressourcen eine wichtige Aufgabe zukam, konnten sie ihre ihnen von der Regierung zugedachte Rolle als „Garantie“ für die Durchsetzung belgischer Interessen in Deutschland aufgrund des fehlenden politischen Mitspracherechts letztlich nur sehr begrenzt spielen.

Belgische Deutschlandpolitik war indes in der direkten Nachkriegszeit auch anderen Zwängen und Einschränkungen unterworfen: Der antideutschen, ressentimentgeladenen Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung standen die pragmatischen, ökonomischen Interessen im Rhein-Ruhr-Gebiet gegenüber; der von den Benelux-Ländern immer wieder vorgebrachte Wunsch, an den Gesprächen über eine Zukunft Deutschlands beteiligt zu werden, wurde flankiert durch (von den Niederlanden misstrauisch beäugten) Versuche, eine Vermittlerrolle zwischen London und Paris einzunehmen; das besondere Verhältnis zu Großbritannien, das in Sicherheitsfragen zumindest bis 1947 Brüssels Ansprechpartner Nummer eins blieb, wurde durch die britischen Weigerungen, den Belgiern mehr Mitspracherechte in Besatzungsfragen einzuräumen, stetig auf die Probe gestellt. In dieser Gemengelage war die Ausarbeitung einer klaren Linie gegenüber Deutschland und den Deutschen, gerade auch auf dem symbolisch aufgeladenen „nachgeordneten Politikfeld“ (Dietmar Hüser) der Reparationsforderungen ein heikles Unterfangen. Niemand brachte die damaligen Spannungen besser auf den Punkt als der britische Botschafter in Brüssel, George Rendel, als er in seinem Monatsbericht vom November 1947 die Belgier in zwei Gruppen einteilte. Die erste Gruppe sei tief von der Furcht vor einer erneuten deutschen Aggression geprägt und glaube daher, *der beste Deutsche ist ein toter Deutscher*. Die zweite Gruppe, die mehr politisches Gewicht habe, sei pragmatischer: *Man kann kein Geld mit toten Deutschen verdienen*.⁴ Bemerkenswert waren die Ergebnisse einer im Sommer 1946 durchgeführten Meinungsumfrage, wie sie damals erstmals vom neu eingerichteten Brüsseler *Institut universitaire de l'information sociale*

⁴ Rendel an Foreign Office, 1.12.1947 (National Archives/FO, 64470).

et économique konzipiert wurden: *Glauben Sie, dass die Politik der Großmächte einen dauerhaften Frieden sichern kann?*⁵, lautete die Frage. Während immerhin 37,9 Prozent der Befragten ohne Meinung waren, äußerten sich nur 10 Prozent optimistisch. Die große Mehrheit von 52,1 Prozent war skeptisch. Den Befragten wurde die Gelegenheit gegeben, ihr Urteil zu begründen. Unter den Skeptikern stach ein Punkt besonders hervor: *Weil man nicht genügend auf die kleinen Länder hört.*⁶ In ähnlicher Weise äußerte ein Befragter: *Der Frieden mit Deutschland wird von Ländern gemacht, die noch nie von deutschen Horden überfallen worden sind. Die kleinen Nachbarn wissen, welch unangenehmer Nachbar Deutschland ist. Man hört sie nicht an.*⁷ Typische Äußerungen der damaligen Zeit. Obwohl keine Klassifizierung der Befragten nach Alter oder sozialer Provenienz vorliegt, fällt auf, dass die Befragten exakt jene Meinung äußerten, die auch unter hohen Offizieren der belgischen Besatzungsarmee vorherrschend war. Der Glaube daran, als gleich zweimal innerhalb eines Vierteljahrhunderts von den Deutschen besetzt gewesenes Nachbarland besser darüber urteilen zu können, wie zukünftig mit diesen umzugehen sei, war konstitutiver Teil vieler belgischer Ideen zur Zukunft Deutschlands.

In der Frage der territorialen Ansprüche gegenüber Deutschland legte sich schließlich Außenminister Spaak – mit Unterstützung seiner Kabinettskollegen – im Herbst 1946 auf eine gemäßigte Position fest. Im November 1946 überreichte die Regierung den Alliierten in New York ein Memorandum, in dem der Begriff *Grenzberichtigungen* zur offiziellen Wortwahl erhoben wurde, um den bescheidenen Umfang auch semantisch zu unterstreichen. Belgien forderte die Enklaven entlang der Eisenbahnlinie Raeren-Kalterherberg („Vennbahn“). Diese Strecke führte über deutsches Staatsgebiet, wurde selbst jedoch nach der Grenzziehung von 1922 belgisches Hoheitsgebiet. Insgesamt ging es um 35 Quadratkilometer und ungefähr 4.000 Deutsche, die durch den Nachbarn eingegliedert werden sollten. Die wesentlich umfangreicheren Forderungen nach wirtschaftlichen Reparationen, die den Alliierten in zwei Memoranden im Januar 1947 unterbreitet worden waren, stießen auf erheblichen Widerstand der Amerikaner und Briten. Das Ende der „Kohleschlacht“ und die wachsende Einsicht, dass gut funktionierende Handelsbeziehungen mit den westdeutschen Nachbarregionen für den belgischen Außenhandel nur von Vorteil sein konnten, ließen die alliierte Ablehnung aber verkraftbar erscheinen.

⁵ INSOC, n°3–4, Juli–Oktober 1946, S. 65.

⁶ Ebenda, S. 70.

⁷ Ebenda, S. 71.

Mit der Beschränkung auf die Beseitigung der Vennbahn-Enklaven folgte Spaak, dessen Aussagen in der Reparationsfrage zuvor durchaus von einer gewissen Widersprüchlichkeit gekennzeichnet waren, der moderaten Linie, die in seinem eigenen Ministerium seit dem Frühjahr 1945 definiert worden war. Wenn überhaupt seien territoriale Ansprüche ökonomisch und keinesfalls historisch zu begründen, hieß es beispielsweise in einem ausführlichen Gutachten von April 1945, dessen Verfasser Robert Fenaux sich als Biograph von Paul Hymans, dem liberalen Außenminister der ersten Nachkriegszeit, nur allzu gut mit der Situation nach dem Ersten Weltkrieg auskannte.⁸ Der Diplomat stellte sich überdies als erster die Frage nach den möglichen Folgen einer Integration deutscher Bevölkerungsteile. Die politische Situation in Eupen-Malmedy in der Zeit zwischen den beiden Kriegen diente ihm dabei als negative Folie. Die belgische Politik gegenüber dem dortigen Konflikt zwischen Pro-Deutschen und Pro-Belgiern könne man nur als gescheitert bezeichnen. Seine Schlussfolgerung war klar: bei territorialen Ansprüchen sollten so wenig wie möglich Deutsche zu Belgiern gemacht werden – was „wenig“ konkret bedeuten konnte, blieb zwar zu diesem Zeitpunkt noch unklar.

Die Politik des Außenministeriums und der Inhalt des Memorandums aus dem November 1946 stießen in Teilen der politischen Klasse auf erbitterten Widerstand. Den einen gingen sie nicht weit genug, weil sie gegenüber Deutschland eine Politik der Stärke führen wollten – zu ihnen gehörte der führende christlich-soziale Politiker Paul Struye –, die anderen beschworen die Geschichte, um einen expansionistischen Kurs Belgiens zu fordern.

*Auf keinen Fall dürfen wir ihnen [den Deutschen; C.B.] Aachen lassen, wo unser Karl der Große ruht. Es ist die unseren Grenzen am nächsten gelegene Stadt, welche weltweit einzigartigen archäologischen Reichtum birgt.*⁹ Aachen, eine belgische Stadt? Mit unserem Karl dem Großen? *Großbelgische* Geschichtsbilder existierten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Auf der Grundlage der *Belgischen Geschichte*¹⁰ des bekannten Historikers Henri Pirenne erwuchs in gewissen frankophonen Elitezirkeln die Auffassung, dass alle Gebiete, die einmal zu den Entitäten gehört hatten, die seit 1830 Belgien bildeten, belgisch werden müssten. Dabei ging es nicht nur um deutsches, sondern auch um niederländisches und luxemburgisches Staatsgebiet. Die (Selbst-) Stilisierung zur Märtyrernation

⁸ Note schématique résumant les arguments par lesquels la Belgique peut justifier les revendications territoriales qu'elle formulera au dépens de l'Allemagne vaincue, 13.4.1945 (AMAEB 12887).

⁹ Marcel Vanderstraeten an Pierre Nothomb, 29.3.1945 (UCL, Nachlass Pierre Nothomb, CBR: études et suggestions).

¹⁰ HENRI PIRENNE, *Histoire de Belgique*, 7 Bde., Brüssel 1900–1932.

des Ersten Weltkriegs beflügelte den belgischen Nationalismus und den *Groß-belgischen Traum*. Ein Name sticht hervor: Pierre Nothomb (1887–1966). Der in der Provinz Luxemburg sesshaft gewordene Schriftsteller und Politiker wurde – auch aufgrund seiner Familientradition – zur Hauptfigur des belgischen Nationalismus während und nach dem Ersten Weltkrieg. Pierre Nothomb war auch der Adressat des Briefes, der die Forderung nach einer Eingliederung der alten Reichsstadt Aachen durch Belgien enthielt. Dieser Brief stammt indes nicht aus dem Jahr 1918, sondern datiert vom März 1945. Sein Verfasser ist ein junger Mann, der sich freiwillig zur belgischen Armee gemeldet hatte und sich als einer von 75.000 belgischen Soldaten am 8. Mai 1945 in Deutschland befand.

Marcel Vanderstraeten hatte die erste Nachkriegszeit demnach noch nicht erlebt. Sein Geschichtsbild jedoch – und die Referenz an den fränkischen Kaiser belegt dies – teilte er mit einer Generation von Männern, die sich schon nach 1918 für die besonderen Beziehungen zwischen Belgien und dem Rheinland eingesetzt hatten. Renaud de Briey, François Drion de Chapois und Paul A. Oudenne, allesamt heute vergessene Schriftsteller, standen nach dem Ersten Weltkrieg dem *Comité de Politique Nationale* (CPN) nah, das im November 1918 um Pierre Nothomb gegründet worden war und sich für eine Expansion Belgiens eingesetzt hatte. Im März 1945 gehörten sie zu den Gründungsmitgliedern des *Comité Belge du Rhin* (CBR), das sich zum Ziel setzte, die belgischen Interessen gegenüber dem Rheinland zu definieren und zu verteidigen. Eines war ihnen gemein: Die Auffassung, wonach die Rheinländer und die Belgier *wesensgleich* seien. Die gemeinsamen historischen Wurzeln seien das fränkische bzw. das mittelfränkische lotharingische Reich.¹¹ Uneinigkeit bestand allerdings darin, welche die Konsequenz dieses Geschichtsbildes sein sollte. Während die einen von einem *Belgien bis zum Rhein* träumten, das auch Köln umfasst hätte, traten die anderen für eine rheinische Republik ein, die besondere Beziehungen zu Belgien unterhalten würde – gerade auf ökonomischer, aber auch auf kultureller Ebene. Bemerkenswert ist die Kontinuität in diesem Denken. 1918 hatten die weitgehenden Forderungen des CPN kaum Rückhalt gewonnen, weder in politischen Kreisen, noch in der belgischen Öffentlichkeit – und dies trotz einer Petition, die von 275.000 Belgiern unterzeichnet worden war. Der Versailler Vertrag brachte schließlich die endgültige Ernüchterung, indem Belgien bekanntlich „nur“ die beiden preußisch-deutschen Kreise Eupen und Malmedy sowie das durch den Wiener Kongress entstandene völkerrechtliche Kuriosum Neutral-Moresnet (heute: Kelmis) erhielt.

¹¹ Beispiele für diese Literatur: HENRI CRÉANGE [Pseudonym von Pierre Nothomb], *Le Prince d'Olzheim*, Brüssel 1944; PAUL A. OUDENNE, *La sécurité à l'est*, Brüssel 1945 [Die Erstauflage erschien 1944 anonym unter dem Titel: *La sécurité de la Belgique à l'est et la création d'une Rhénanie indépendante*]; RENAUD DE BRIEY, *Le sens de la guerre*, Brüssel 1946; FRANÇOIS DRION DE CHAPOIS, *La vocation européenne des Belges*, Brüssel 1958.

Die totale Niederlage des Dritten Reichs und der Wille zur Zähmung des *preußischen Militarismus* führten dann zu einem Wiederaufflammen des nationalistischen Expansionskurses gegenüber dem Rheinland, zu dessen Sprecher einmal mehr Pierre Nothomb wurde, der als konservativer Senator dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angehörte und dort in der Deutschlandpolitik zum Hauptgegner von Außenminister Paul-Henri Spaak wurde.

Die Durchsetzung der territorialen Ansprüche blieb abhängig von den internationalen Entwicklungen und den deutschlandpolitischen Konzeptionen der Alliierten. Nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 zeigten Amerikaner und Briten erstmals Bereitschaft, die Benelux-Länder an den Diskussionen um die Zukunft Deutschlands teilnehmen zu lassen. Bei der Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948 saßen sie erstmals mit am Verhandlungstisch. Die Grundsatzentscheidung zur Gründung eines westdeutschen Staates auf der Grundlage der drei westlichen Besatzungszonen wurde demnach auch von den kleinen Nachbarn Deutschlands mitgetragen.¹² Die diplomatische Konjunktur hatte dabei nicht unerheblichen Anteil. Im März 1948 war der so genannte Brüsseler Vertrag unterzeichnet worden, ein Beistandspakt zwischen den Benelux-Ländern, Frankreich und Großbritannien. Auch wenn dieser sich dem Buchstaben nach noch gegen Deutschland richtete, war es vor allem die wahrgenommene Bedrohung durch die sowjetische Politik, die ein regionales Bündnis als angebracht erschienen ließ. Wenn sie auch nicht zu allen Beratungen hinzugezogen wurden, gelang es den kleinen Ländern in London doch, eine Arbeitsgruppe für *provisorische Änderungen an der deutschen Westgrenze* durchzusetzen, die sich mit ihren Ansprüchen, aber auch denen Frankreichs auseinandersetzen sollte. Die Verhandlungen im Sommer 1948 und zu Jahresbeginn 1949 in Paris sollten sich als überaus zäh erweisen, gingen doch die niederländischen Forderungen, die eine Eingliederung von mehreren hunderttausend Deutschen vorsahen, weit über das hinaus, was Großbritannien und die USA zu akzeptieren bereit waren. Die belgische Delegation, angeführt vom ehemaligen Botschafter in Berlin, Jacques Davignon, musste sich ebenfalls britischen Drucks erwehren. Dieser betraf jedoch nicht so sehr den Umfang der Ansprüche, als die verkehrstechnischen Konsequenzen ihrer Umsetzung für die deutsche Grenzbevölkerung. Letztlich wurden die belgischen Forderungen, wie sie seit November 1946 formuliert worden waren, akzeptiert. Für die Niederlande blieb von den groß gesteckten Erwartungen die Übertragung des Selfkant übrig. Da Grenzverschiebungen nur im Rahmen eines Friedensvertrages hätten endgültig geregelt

¹² Dazu jetzt auch VINCENT DUJARDIN, *La Belgique face à la création de la RFA (1948–1949)*, in: MICHEL DUMOULIN, JÜRGEN ELVERT, SYLVAIN SCHIRMANN (Hrsg.), *Ces chers voisins. L'Allemagne, la Belgique et la France en Europe du XIXe au XXIe siècle*, Stuttgart 2010, S. 29–43.

werden können und dieser aufgrund des Ost-West-Konflikts nunmehr in weite Ferne gerückt war, sollten die Entscheidungen der Pariser Konferenzen vorläufigen Charakter haben. Völkerrechtlich liegt hier der größte Unterschied zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg, als der Versailler Vertrag bzw. der Völkerbund die Annexion Eupen-Malmedys vorsahen bzw. genehmigten.

2. An der Grenze¹³

Die Jahreswende 1944/1945 hatte den Krieg mit unerbittlicher Härte in die deutsch-belgische Grenzregion gebracht. Die von deutschen Kriegsverbrechen begleitete Ardennenoffensive und die Schlacht im Hürtgenwald brachten in großem Ausmaß Tod und Zerstörung, aber auch Fluchtbewegungen mit sich. Die unmittelbare Kriegsbedrohung verschwand erst im März 1945, als Köln bereits von den alliierten Truppen eingenommen worden war.¹⁴

Auf diplomatischer Ebene hatte die belgische Regierung in einem am 26. August 1944 (also noch vor der Befreiung Brüssels) den Alliierten übermittelten Memorandum die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenze und damit die Rücknahme der Annexion Eupen-Malmedys und weiterer zehn „altbelgischer“ Gemeinden gefordert. Was auf den ersten Blick als selbstverständlich erscheint, führt zurück ins Jahr 1940 und zu den Aktivitäten der Exilregierung in London, hat doch die jüngere Forschung gezeigt, dass – zumindest was Eupen-Malmedy angeht – die belgische Regierung diese Gebiete als verloren betrachtete und während des Kriegs niemals gegen die Annexion protestiert hatte.¹⁵

Die sichtbarste und einschneidendste Maßnahme der belgischen Regierung war jedoch die Schließung der deutsch-belgischen Grenze. Sie war nicht prioritär gegen die Deutschen gerichtet, sondern war Ausdruck einer neuen Linie gegenüber der Bevölkerung im Gebiet von Eupen-Malmedy, das im offiziellen Sprachgebrauch nunmehr zu den *Ostkantonen* wurde. Die vermeintlich allzu weiche Politik der Zwischenkriegszeit sollte der Vergangenheit angehören und die Assimilationspolitik in den Gebieten, die seit 1920 zum belgischen Staat gehört

¹³ Dieser Abschnitt beruht auf BRÜLL, Belgien (wie Anm. 1), S. 165–184 und 203–212.

¹⁴ KLAUS PABST, „Jetzt sind wir wieder Demokraten“ – Erfahrungen aus der Eifel, in: JOST DÜLFFER (Hrsg.), „Wir haben schwere Zeiten hinter uns“. Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit, Vierow 1996, S. 44–70.

¹⁵ JACQUES WYNANTS, La situation des cantons de l'est 1940–1944, in: Bulletin d'information du Centre Liégeois d'Histoire et d'Archéologie Militaires, Bd. IX, Heft 1, 2004, S. 15–26. – CARLO LEJEUNE, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920–1944), Büllingen 2005, S. 63–75.

hatten, entschiedener vorangetrieben werden.¹⁶ Dazu gehörte auch die Ausweitung von mehr als 5000 Reichsdeutschen in den Jahren 1945 und 1946. In seinem Jahresbericht von 1949 blickte der für die Umsetzung dieser Regierungsentscheidung wesentlich verantwortliche beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen auf die Intentionen hinter der Grenzschießung zurück: [*Dem Grenzverkehr*] kommt aus Gründen der Assimilation und der Orientierung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. [...] Es ist wichtig, standhaft zu bleiben und eine massive Orientierung nach Deutschland zu vermeiden. Vergessen wir nicht, dass die Bevölkerung der Ostkantone vor dem Krieg gerne und regelmäßig den kulturellen Veranstaltungen beiwohnte, die jenseits der Grenze stattfanden.¹⁷ Schon ein Jahr zuvor hatte er dem Verteidigungsminister geraten, keine ostbelgischen Rekruten zu den belgischen Truppen nach Deutschland zu schicken, um deren Orientierung nach Westen nicht zu gefährden.¹⁸

Konnte man so den verbotenen Blick nach Deutschland verhindern? Paradoxerweise schaute die deutsche Grenzbevölkerung ihrerseits gleichzeitig immer mehr nach Westen auf den vermeintlich reichen belgischen Nachbarn. Trotz aller Anstrengungen der Behörden konnten auch familiäre und soziale Bindungen nicht aufgehoben werden, konnten die mit dem Grenzverlauf verbundenen Faktoren nicht beiseite gedrängt werden. Die belgische Vennbahn verlief nun einmal auf deutschem Gebiet. Zahlreiche Gemeinden beiderseits der Grenze besaßen Waldgebiete in der Nachbargemeinde. Gerade für die deutschen Gemeinden waren diese nunmehr unerreichbar, da sie von der belgischen Regierung unter

¹⁶ Schon SAUL K. PADOVER, Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001 [amerik. Erstausgabe 1946], S. 23 bemerkte im Herbst 1944, dass die Eupener *französisch sprachen*, aber *deutsch empfanden*. Ein Hinweis darauf, was in den ersten Nachkriegsjahren von vielen (im Nachhinein erfolglos) angestrebt wurde: die Verbannung der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben, die Benutzung des Französischen als patriotische Demonstration der nunmehr unwiderruflichen Rückkehr nach Belgien. Vgl. FREDDY CREMER, Von den „Inciviques“ zu den „Modellbelgiern“. Als man den aufrechten Gang wieder lernen musste, in: DERS./ ANDREAS FICKERS/ CARLO LEJEUNE, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 104–105. – ANDREAS FICKERS, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: Zeitenblicke, 3 (2004), n°1, <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers>, 29–31 [8.9.2011].

¹⁷ Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St.Vith, Rapport annuel. Exercice 1949, Malmedy, [1950], S. 87. Vgl. CARLO LEJEUNE, Auswärtige Kulturpolitik und freier Kulturmarkt in den deutsch-belgischen Beziehungen nach 1945, in: Geschichte im Westen, 1998, Nr. 2, S. 238.

¹⁸ Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St.Vith, Rapport annuel. Exercice 1948, Malmedy, [1949], S. 73. Vgl. CHRISTOPH BRÜLL, Entre méfiance et intégration. Les germanophones dans l'armée belge 1920–1955, in: Cahiers Belges d'Histoire Militaire, 4(2006), S. 162–165. Ostbelgische Soldaten leisteten erst ab Mitte der 1950er Jahre ihren Militärdienst auch in Einheiten, die in Deutschland stationiert waren.

eine so genannte Sequesterverwaltung gestellt worden waren. Eine Neufestlegung des Grenzverlaufs musste jenseits aller „großen“ Politik und Ideologie auch diese Situation vor Ort in hohem Maße berühren.

Wie schwer die Lage in den Grenzgemeinden in den ersten Nachkriegsjahren war und wie sehr sich die betroffenen Bewohner dabei von der Landesregierung im Stich gelassen fühlten, kann man aus zahlreichen Petitionen ersehen, die im Frühjahr 1947 im Brüsseler Außenministerium eingingen. So erklärte der Amtsbürgermeister des rheinland-pfälzischen Bleialf, von Pallandt, in einem Schreiben an Pierre Nothomb förmlich, seine Gemeinde sei mit der Eingliederung durch Belgien einverstanden.¹⁹ Ihm gleich taten es die Bürgermeister und Gemeinderäte von nicht weniger als 16 Eifelkommunen.²⁰ Neben der Wahrnehmung Belgiens als wirtschaftlich leistungskräftigem Land war es vor allem die Hoffnung auf die Freigabe in Belgien liegender Besitztümer (Wald- und Wiesenbesitz), die solche Petitionen motivierte. Auffallend dabei ist die völlige Ausblendung der Situation im deutschsprachigen belgischen Grenzgebiet, wo die politische Säuberung und die Assimilierungspolitik das gesellschaftliche Leben dominierten. Der dortige Meinungsführer, der Redaktionsleiter des *Grenz-Echo* und ehemalige KZ-Häftling Henri Michel, verteidigte im Übrigen immer wieder die gemäßigte Politik der Regierung Spaak, sowohl gegenüber christlich-sozialen Politikern, die für eine Politik der Stärke gegenüber den Deutschen eintraten, als auch gegen die deutschen Kritiker der belgischen Ansprüche.

Bemerkenswert war die Tatsache, dass auch die Stadt Monschau mit Brüssel Kontakt aufnahm und den Wunsch äußerte, in das belgische Staatsgebiet integriert zu werden. In einem Brief an Außenminister Spaak, der die Unterschriften des Bürgermeisters und weiterer 54 Einwohner trug, hieß es: *Die beste und einfachste Lösung wäre, man machte den gesamten Kreis Monschau belgisch. Das können wir nicht entscheiden, sondern die dafür zuständigen Herren in Moskau.*²¹ Wie ein Phantom schwebte der Widerstand der sowjetischen Führung gegen jede Grenzveränderung im Westen über der Grenzfrage. Dies sollte sich besonders Mitte 1948 zeigen, als der russische Radiosender in Berlin die Annexion von Eifelgemeinden

¹⁹ Bürgermeister von Bleialf an Nothomb, 3.4.1947. Bei Nothomb gingen ebenfalls Bittschriften der Gemeinden Dreiborn (15.4.1947) und Höfen (23.4.1947) ein [UCL, NL Pierre Nothomb, 5132].

²⁰ Im Außenministerium gab es im April 1947 drei Wellen von Bittschriften: Petitionen der Gemeinden Bleialf, Auw, Schlausenbach, Winterscheid (3.4.1947), Monschau, Dreiborn, Gemünd, Bernscheidt, Herhahn, Morsbach, Wollseiffen, Einrur (24.4.1947), Höfen, Wischeid, Laudesfeld, Losheim (30.4.1947) [AMAEB 12886]. In Losheim hatten sich 60 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Unterschrift für einen Staatenwechsel ausgesprochen. S. PABST, Holländisch (wie Anm. 2), S. 171.

²¹ Bürgermeister von Monschau an Spaak, 21.3.1947 (AMAEB 12885).

wie Monschau, Roetgen und Lammersdorf durch Belgien meldete. Ein großer Teil der Einwohner glaubte diesen Informationen, zumal sich so mancher Bewohner wohl schon darauf eingerichtet hatte. Die offizielle Position der belgischen Regierung, in der nie von Monschau die Rede gewesen war, spielte für die Wahrnehmung der Bevölkerung in einem Klima der Unsicherheit keine Rolle.²²

Die belgische Regierung hat nie auf diese Petitionen reagiert. Sie war jedoch durchaus über die Situation in der deutschen Grenzregion unterrichtet, da die dortigen belgischen Militärbehörden regelmäßig nach Brüssel berichteten. Darüber hinaus hatten auch die expansionistischen Gruppierungen Informanten vor Ort. Dies galt besonders für Pierre Nothomb, auf dessen Schreibtisch nicht nur Berichte landeten, die eigentlich ausschließlich für das Verteidigungs- und das Außenministerium bestimmt waren, sondern der auch selbst Erkundigungen einziehen ließ. Im Frühjahr 1946 hatte er beispielsweise den Bericht eines Finanzbeamten aus der Ardennenortschaft Vielsalm erhalten, der eine Reise durch die deutschen Grenzkreise unternommen hatte. Darin beschrieb dieser die *Gefühle der Bevölkerung der deutschen Gebiete entlang unserer Grenze, die in unser Land eingegliedert werden könnten*.²³ Seine Informationen entstammten zumeist persönlichen Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern. Vier Gemeinden lagen in der britischen Zone: Monschau, Dreiborn, Höfen und Gemünd. Überall habe er dieselben Auskünfte erhalten, notierte der belgische Beobachter, die Bevölkerung sei zu über 80 Prozent für eine Angliederung an Belgien, außerdem fordere sie ein Referendum, um ihre Meinung äußern zu können. In der Gemeinde Bleialf in der französischen Zone seien sogar 99 Prozent der Bevölkerung für einen Staatenwechsel. Der Bürgermeister habe ihm die Frage gestellt, warum *Belgien uns nicht schon 1918 genommen hat. Seit über hundert Jahren leben wir nun unter dem preußischen Joch. Preußen bedient sich unser für seine Kriege, sein übersteigter Militarismus hat uns schon immer missfallen. Außerdem hat man uns immer nur stiefmütterlich behandelt*. In den Gemeinden an der deutschen Westgrenze war der Anti-Preußen-Reflex ein immer wiederkehrender Topos der direkten Nachkriegszeit. Der Abgrenzungseffekt erlaubte, die Schuld und Verantwortlichkeit für die nationalsozialistische Diktatur und den Krieg bei Hitler und den „Preußen“ zu sehen. Dazu bildete er den Nährboden für eine Wiederkehr des rheinischen Separatismus auf kleiner Flamme, wie er sich in den Splitterparteien äußerte, oder eben rechtfertigte die Forderung nach einer Eingliederung durch Belgien.

²² Vgl. KLAUS PABST, Ein Stück Deutschland als Reparation, in: *Monschauer Land. Jahrbuch*, 1983, S. 143 (es handelt sich um Auszüge einer WDR-Reportage aus dem Jahr 1978). Für einen belgischen zeitgenössischen rein faktuellen Bericht: Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 30.8.1948 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1948, CD 129).

²³ J. Winkin an Senator Pierre Nothomb, s.d. [UCL, NL Pierre Nothomb, 5131 (1946)]. Der Textzusammenhang legt ein Entstehungsdatum im Frühjahr 1946 nah.

Im August 1947 wandte sich Nothomb an Paul-Henri Spaak, der seit März 1947 neben dem Amt des Außenministers auch das des Premierministers bekleidete, um ihm das Ausbleiben von Antworten auf die deutschen Petitionen vorzuhalten. Was Monschau betreffe, so sei *1. von 2.600 Einwohnern (2.200 Katholiken, 400 Protestanten) niemand bei der SS oder der Gestapo gewesen und auch bei keiner anderen NS-Organisation. 2. 80 Prozent der Bevölkerung erwarten ungeduldig die Vereinigung mit Belgien oder wenigstens eine belgische Verwaltung [...]. Sie flehen darum, den anti-annexionistischen Kampagnen des Grenz-Echo kein Gehör zu schenken und erklären, aus einem ehrlichen Gefühl heraus belgisch werden zu wollen, da sie Horror vor allem Preußischen entwickeln.*²⁴ Nothomb musste in seinem Schreiben eine Strategie entwickeln, um die Integration von Tausenden „ehemaligen Feinden“ zu rechtfertigen. Seine Vorgehensweise war dabei eindeutig. Zunächst entlastete er die betroffene Bevölkerung von allen Verstrickungen in die Nazi-Verbrechen. Dass dies nicht den Tatsachen entsprach, hätte er schon damals wissen können, wahrscheinlich müssen.²⁵ Anschließend konnte er die schon bekannte Argumentation entwickeln, die denjenigen, der Nothombs Haltung kannte, vom in dem Brief erwähnten „Anti-Preußen-Reflex“ schnell zur Wesensgleichheit der Rheinländer und der Belgier und zur historischen Zugehörigkeit großer Teile des Gebiets zu Belgien führen musste. Damit folgte er auch hier seinen nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten Ideen. Auf derselben Grundlage beschrieb Marcel Vanderstraeten in einem Artikel für die Militärzeitung *Vici* Monschau als *Perle der Eifel, die der belgischen Krone fehle*. Dabei führte er Nothomb ins Feld, der für das *überbevölkerte Belgien, welches zwischen engen Grenzen liegt, eine Lunge zum Atmen* fordere.²⁶ In einem späteren Schreiben an Nothomb bekräftigte Vanderstraeten seinen Glauben an die pro-belgischen Gefühle der Bewohner der Grenzregion.²⁷

Es gab jedoch auch militärische Stellen, die die Grenzfrage aus einem anderen Blickwinkel betrachteten. Der Leiter des belgischen Militärgeheimdienstes, Oberst René Mampuy, untersuchte in einem Schreiben an Verteidigungsminister Oberstleutnant Raoul Defraiteur die Form und die Motivation pro-belgischer Tendenzen in den deutschen Grenzgemeinden. *„Der Kommandeur des Bezirks St.Vith glaubt nicht, dass es in Deutschland (belgisch-deutsches Grenzgebiet) eine wirklich annexionistische Bewegung gibt. Man kann jedoch sagen, dass derzeit*

²⁴ Nothomb an Spaak, 14.8.1947 (AMAEB 12886).

²⁵ KLAUS-DIETMAR HENKE, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, 2. Aufl. München 1996, S. 160–204, mit der exemplarischen Geschichte der BDM-Führerin Maria Biergan aus Monschau. – PADOVER, *Lügendetektor* (wie Anm. 16), S. 58–81. – PABST, *Demokraten* (wie Anm. 14), S. 58–59.

²⁶ *Vici*, Nr. 29, S. 10 und 12.

²⁷ Marcel Vanderstraeten an Nothomb, 10.6.1948 (UCL, NL Pierre Nothomb, 5132).

die Devise primum vivere, deinde philosophari bei den deutschen Grenzbewohnern vorherrscht, die unseren Wohlstand kennen und uns darum beneiden.“²⁸ Dabei musste man nach Meinung von belgischen Offizieren freilich berücksichtigen, dass die Landbevölkerung sich mit ihrer desaströsen sozioökonomischen Situation von den zuständigen alliierten wie deutschen Stellen alleine gelassen sah.²⁹ Und diese Kritik wurde auch von den heftigsten Annexionsgegnern in der Region geteilt. Geradezu pathetisch formulierte dies der Oberkreisdirektor des Landkreises Monschau, Nickels, mit nationalistischen Anklängen zum Schluss eines Berichts an das Aachener Regierungspräsidium – zu einem Zeitpunkt, als die von den Alliierten beschlossenen Grenzveränderungen kurz bevorstanden: *Abschließend ist zu sagen, dass die Monschauer Bevölkerung mit Ausnahme der wenigen Abtrünnigen treu zum deutschen Vaterlande steht und in ihrem augenblicklichen Existenzkampf ihre ganze Hoffnung auf Hilfe seitens der führenden Stellen der Landesregierung setzt. Von mir aus ist somit alles getan, um unsere deutschen Interessen im Kreise Monschau zu wahren. Aufgabe der Bezirks- und Landesregierung wird es nun sein, mich in meinem schweren Kampf um das Deutschtum zu unterstützen.*³⁰ Im März 1949 äußerte auch der Monschauer Stadtdirektor seine Unzufriedenheit über die bisherigen Abwehrmaßnahmen.³¹

Dabei war die Düsseldorfer Landesregierung nicht untätig geblieben. Vielmehr maß Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) den belgischen und niederländischen Forderungen *prinzipiellen Charakter* bei. Es war für ihn daher unerheblich, *dass es sich [...] nicht um große Gebietsteile, sondern um einen Personenkreis von wenig über zehntausend Menschen handelt.*³² Im September 1947 hatte er in der Staatskanzlei das Sonderreferat F eingerichtet, *um alle Vorgänge zu beobachten, die geeignet schienen, einem Friedensvertrag durch „so genannte provisorische Regelungen [...] völkerrechtlich vorzugreifen“* (Arnold).³³ Unter Führung des

²⁸ René Mampuy, Leiter der 2. Sektion des Generalstabs der belgischen Armee, an Verteidigungsminister Oberstleutnant Raoul Defraiteur, 1.9.1947 (AMAEB 12885).

²⁹ Major d'Ardenne an Leiter AMTO, 27.11.1946 [geheim] (SGR/SA, Cabinet MDN, 1946, O2/3bis).

³⁰ Oberkreisdirektor des Landkreises Monschau an Regierungspräsident in Aachen, 6.2.1949 [streng vertraulich!] (HStAD, BR 1047, 299). Sein persönliches Engagement hatte Nickels beispielsweise im Dezember 1948 unterstrichen, als er eine Entschließung des Monschauer Stadtrates mit lancierte (Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung z.H. des Herrn Bürgermeisters Weiß, 8.12.1948 [HStAD, BR 1050, 509]).

³¹ Stadtdirektor Monschau an Schwering, 7.3.1949 (HStK, NL 1193, 642).

³² LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.), *Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949*, Düsseldorf 1951, S. 1 (Vorwort von Karl Arnold).

³³ DETLEV HÜWEL, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal 1980, S. 168. – PABST, *Holländisch* (wie Anm. 2), S. 158.

erfahrenen Diplomaten Hans Kroll wurden dort die Forderungen der Benelux-Länder und Frankreichs geprüft und zahlreiche Memoranden und Gutachten erstellt. Dabei bemühte sich der ehemalige Legationsrat im Auswärtigen Amt und spätere Botschafter der Bundesrepublik in Moskau nach eigenem Bekunden, Abstand zum „Deutschen Büro für Friedensfragen“ in Stuttgart zu halten, um die Besatzungsbehörden nicht misstrauisch zu machen. Allem Anschein nach gelang es ihm, regelmäßig von amerikanischer Seite Informationen zu den französischen Desiderata zu erhalten und einige seiner Denkschriften auf alliierten Konferenztischen zu verbreiten. Die Schwierigkeit lag vor allem in der Informationsbeschaffung. Im Oktober 1947 musste Kroll in einem Treffen mit dem Vize-Regierungspräsidenten des Bezirks Aachen konstatieren, dass ihm in Düsseldorf noch nicht einmal ein Exemplar der belgischen Januar-Memoranden vorlag.³⁴ Im Juni 1948 wurde schließlich beim Chef der Landeskanzlei das Grenzlandreferat eingerichtet, die die Grenzlandhilfe koordinieren sollte.³⁵ Nüchtern analysierte das Grenzlandreferat in einem Vermerk für die Staatskanzleiaus dem Frühjahr 1949 jedoch die Unzulänglichkeit seiner Tätigkeit: *Die Bevölkerung führt immer wieder Klage darüber, dass seitens der Landesregierung zu wenig geschehe, um der Auffassung, dass das Gebiet bereits abgeschrieben sei, begegnen zu können. Sie vermissen eine irgendwie geartete Werbung von deutscher Seite für ein Festhalten am deutschen Vaterland.*³⁶

Vor Ort war es mit der grundsätzlichen Ablehnung von Gebietsabtretungen eben nicht getan. Vor allem der Landtagsabgeordnete des Kreises Schleiden, Leo Schwering (CDU), mahnte immer wieder konkrete Unterstützung für die Grenzbevölkerung an. Im März 1947 brachte er auf einer Parteiveranstaltung in der Eifel den Gedanken der Grenzlandhilfe ins Spiel, den er kurze Zeit später dann auch in einer Fraktionssitzung äußerte.³⁷ Als direkte Folge reichte die CDU-Landtagsfraktion am 12. Juni 1947 einen Dringlichkeitsantrag zur Schaffung eines Westausschusses ein.³⁸ Schwering selbst wurde Vorsitzender dieses Ausschusses, der dann zum so genannten Grenzlandausschuss wurde. Mit dem Verleger der *Aachener Volkszeitung*, dem CDU-Landtagsabgeordneten Josef Hofmann, bemühte er sich ebenfalls, einen Besuch Arnolds an der Grenze zu bewerkstelligen. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, das der vermeintlichen Vernachlässigung der

³⁴ Aufzeichnung von Dr. Hans Kroll, 23.10.1947 (HStAD, NW 53, 1015). – Vize-Regierungspräsident Dr. Richter an Dr. Hans Kroll, 31.10.1947 (HStAD, NW 53, 1015).

³⁵ WOLFGANG WOELK, Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949–1963 in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete, in: *Geschichte im Westen*, 1994, Nr. 1, S. 34.

³⁶ Aktenvermerk, Chef der Landeskanzlei des Landes NRW – Grenzlandreferat, 4.2.1949 (HStAD, NW 53, 1016).

³⁷ WOELK, Grenzkorrekturen (wie Anm. 35), S. 40.

³⁸ Ebenda, S. 34.

Grenzgebiete durch die Landespolitik entgegenwirken sollte. Darüber hinaus wäre ein solcher Besuch von der für den Verbleib bei Deutschland eintretenden Bevölkerung wohl auch als moralische Ermutigung, oder, pointiert, als eine Art Unterstützung der Heimatfront begrüßt worden.³⁹ In der aufgepeitschten Atmosphäre der Pariser Verhandlungen im Frühjahr 1949 wiederholte Schwering seine Befürchtungen in zahlreichen Radioansprachen und sprach von seiner *persönlichen Erschütterung, diese Bevölkerung an ein Land zu verlieren, dessen Sprache sie nicht spricht und dessen Kultur sie nicht teilt.*⁴⁰

Auf deutscher Seite war der Widerstand der Landespolitiker und sämtlicher überregionaler Akteure gegen die belgischen und niederländischen Ansprüche also eindeutig. Wesentlich heterogener stellte sich die Lage der Grenzbewohner dar. Bemerkenswert auch die Rhetorik beider Seiten. Während die Pro-Belgier die anti-preußische Karte – mit der darin enthaltenen Distanzierung vom nationalsozialistischen Regime – ausspielten, klangen in den Reden der Gegner scheinbar noch altbekannte Melodien an. Hier ist jedoch mit Jarausch festzuhalten, dass diese „Reste eines großdeutschen Nationalismus [...] eher Versuche des Festhaltens an einer problematisch gewordenen Identität waren.“⁴¹ Vor allem Karl Arnold setzte mit zunehmender Dauer immer mehr eine Rhetorik des europäischen Gedankens ein, wobei sicher auch taktische Überlegungen eine Rolle spielten.⁴² Wenn auch das Liebäugeln vieler Eifeler mit der Eingliederung durch Belgien in der Hauptsache materiell begründet war, wurden die Diskussionen in Aachen und Düsseldorf doch mit Bauchgrimmen verfolgt. In diese Gemengelage stießen die alliierten Beschlüsse zu Veränderungen an der deutschen Westgrenze im April 1949.

3. Die „Revolte von Mützenich“

Während die alliierten Arbeitsgruppen im Frühjahr 1949 in Paris die letzten Details in der Frage der *provisorischen Änderungen an der deutschen Westgrenze* verhandelten, begannen die Diplomaten im Brüsseler Außenministerium sich mit den Konsequenzen der geplanten Grenzverschiebung zu befassen. Einerseits ging es um die juristischen Implikationen, andererseits um ökonomische Fragen. Die Tendenz ging zu Errichtung einer Übergangsverwaltung unter der Leitung eines hochrangigen Militärs, eine Lösung, die vorerst die Zustimmung des

³⁹ Dazu der Briefwechsel zwischen Schwering und Arnold im September und Oktober 1947 (HStAD, NW 53, 1015). – Dr. Josef Hofmann an Karl Arnold, 1.12.1947 (HStAD, NW 53, 1015).

⁴⁰ Manuskript einer Radiosendung beim NWDR, 27.2.1949 (HStK, NL 1193, 657).

⁴¹ KONRAD H. JARAUSCH, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004, S. 84.

⁴² HÜWEL, Arnold (wie Anm. 33), S. 166.

Parlaments zur Eingliederung deutscher Gebiete nicht notwendig machte. Am 23. April 1949 übernahm Belgien schließlich die vorläufige Hoheit über nur noch 500 Deutsche im Aachener Stadtteil Bildchen sowie den Ortschaften Losheim und Hemmeres. An deren Spitze stand Generalmajor Paul-François Bolle, der als ehemaliger Kommandeur des *corps des forestiers* im Kreis Monschau und dank seiner Kenntnis der Grenzverhältnisse bestens für diesen Posten geeignet schien. Im Volksmund wurde dieser Auftragsverwaltung schnell der Name *Bollenien* zuteil. Während die Bevölkerung ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten durfte, wurde das Schul- und Rechtssystem belgisch, führte Belgien sogar den elektrischen Strom in einigen Ortschaften ein. Man war ständig bemüht, der Ausnahmesituation der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die großteils in Deutschland berufstätig war; nur eine endgültige Regelung über ihre Staatszugehörigkeit ließ auf sich warten. Zwar hatte auch für Eupen-Malmedy zwischen 1920 und 1925 bekanntlich ein Übergangsregime unter dem Hohen Kommissar General Herman Baltia existiert, doch waren die Grundvoraussetzungen gänzlich anders gewesen. Baltia hatte die Exekutivgewalt ausgeübt und war zumindest für seinen Haushalt vom Parlament abhängig; seine Politik richtete sich ganz unzweideutig auf die Eingliederung der so genannten *wiedergefundenen Brüder* in das belgische Staatsgefüge. Dahingegen beschränkte sich die Auftragsverwaltung unter General Bolle auf die administrative Organisation. Es ist kaum übertrieben zu behaupten, dass eigentlich seit ihrem Bestehen klar war, dass die drei Ortschaften niemals endgültig in das belgische Staatsgebiet eingegliedert werden sollten.

Die Alliierten hatten den Belgiern jedoch nicht nur die drei Ortschaften zugestanden, die nunmehr unter belgischer *Auftragsverwaltung* standen, sondern auch die Gemeinden Mützenich und Roetgen, d. h. die Gemeinden, welche die Enklaven beim Verlauf der Vennbahn bildeten und auf die im Memorandum vom November 1946 besonderes Augenmerk gelegt worden war. Die Diplomaten im Brüsseler Außenministerium stellten sich jedoch seit Februar 1949 mehr und mehr die Frage nach dem Sinn der Eingliederung aller Vennbahn-Enklaven. Grund hierfür war die mangelnde Rentabilität des Personenverkehrs auf dieser Strecke. Man entschied sich dafür, auf die von den Westalliierten zugesprochene Eingliederung der beiden größten Gemeinden, eben Mützenich und Roetgen, zu verzichten. Die Diplomaten stellten jedoch auch Überlegungen darüber an, wie dieser Schritt publik gemacht werden sollte. Als die Verzichtentscheidung letztlich Ostern 1949 angekündigt wurde, war nichts mehr von den schnöden ökonomischen Gründen hierfür zu hören, vielmehr wurde sie der Öffentlichkeit als eine *Geste der Versöhnung*, als ein *Akt europäischer Verständigung* präsentiert. Die deutschen Reaktionen spiegelten die Entwicklung der vorangegangenen Jahre wider. Während die Presse jubelte, trafen im Brüsseler Außenministerium mehrere hundert Dankeschreiben von Bürgern und Vereinigungen ein.

In Roetgen und Mützenich, mithin jenen beiden Ortschaften, die von der Verzichtentscheidung direkt betroffen waren, schienen nicht alle diese Begeisterung zu teilen. So berichteten Journalisten des *Soir*, aber auch Henri Michel über den Frust vieler Roetgener. Dabei betonten sie, weder in Roetgen noch in Mützenich hätten die Kirchenglocken am Ostersonntag das angeordnete Dankesgeläut angestimmt. Auch seien weder Roetgener noch Mützenicher auf der Monschauer Kundgebung mit Karl Arnold gesichtet worden. Zum wiederholten Mal wurden Zahlen ins Feld geführt, die für Roetgen von einer 70-prozentigen Zustimmung zu einer Eingliederung sprachen. Auch seien Plakate mit der Aufschrift *Roetgen will belgisch werden* gesichtet worden. Michel leitete daraus die Forderung nach einer Eingliederung der beiden Ortschaften ab, *wenn die Verlegung der Ostgrenze [...] für Belgien Vorteile bringt*. Der Wille der Bevölkerung werde sich sicherlich auf dem Weg einer Abstimmung klären lassen.⁴³ Auch der monatliche Bericht der Besatzungstruppen sprach von *lebhafter Enttäuschung* in Roetgen und Mützenich, was aber bei der bekannten Einstellung einiger Besatzungsoffiziere zur Grenzproblematik kaum verwundern darf.⁴⁴

Während es in Roetgen wohl bei diesen Enttäuschungsbekundungen geblieben zu sein scheint, wollten die Mützenicher nicht so schnell aufgeben. Am 23. April 1949 verfasste der dortige Gemeinderat eine einstimmige Petition an Paul-Henri Spaak, in welcher der belgische Premierminister nachdrücklich darum gebeten wurde, die *mit tiefem Bedauern zur Kenntnis genommene* Regierungsentscheidung zurückzunehmen. Die sieben Unterzeichner führten dazu das Recht auf Selbstbestimmung, den sequestrierten Waldbesitz ihrer Gemeinde, die unterlassene Hilfeleistung von Seiten der Düsseldorfer Landesregierung und die *typisch preußische* Politik Karl Arnolds an. Dazu hieß es, und die Reihenfolge erscheint im Rückblick vielsagend: *Mützenich will zu seinem Besitztum und zu Belgien*. Das Bittschreiben schloss mit deutlichen Worten: *Dem Willen des Volkes Rechnung tragend und im Bewusstsein unsere Aufgabe und Pflicht als Vertretung des Volkes von Mützenich nehmen wir die Kraft und den Mut, aber auch das Recht in unserer hoffnungslosen Lage obige Bitte um eine Volksabstimmung oder besser noch um eine sofortige Übernahme der Gemeinde Mützenich in den belgischen Staat zu unterbreiten*.⁴⁵

⁴³ Le Soir, 23.4.1949, S. 1. – Grenz-Echo, 23.4.1949, S. 1.

⁴⁴ Leiter des CAMTO an Verteidigungsminister (Kabinett), 2.5.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129).

⁴⁵ Petition der Gemeinde Mützenich um Eingliederung in den belgischen Staat im Zuge der Grenzberichtigung, 23.4.1949. Die Unterzeichner waren: Bürgermeister Wilhelm Steffens (CDU), der ehemalige Landrat Johann Weishaupt (CDU), Alois Kirch (CDU), Bernhard Jentges (CDU), Alois Lenzen (CDU), Hermann Evertz (SPD) und Johann Kessel (Unabhängig) [AMAEB, 12891 (II)].

Wie reagierte die belgische Regierung auf diese Petition? Genau wie auf alle vorhergehenden Bittschreiben deutscher und belgischer Grenzgemeinden: überhaupt nicht. Allerdings wurde die Lage in Mützenich in einer Senatsdebatte am 11. Mai 1949 thematisiert, ohne jedoch konkret auf die Petition einzugehen.⁴⁶ Dabei wusste der Interpellant, Pierre Nothomb, durchaus von ihrer Existenz. Am 6. Mai war er nämlich durch ein Schreiben eines seiner üblichen Informanten in den Reihen der belgischen Besatzungsarmee, Hauptmann Jules Mosbeux, mittlerweile zweiter Mann in der Verwaltung der Auftragsgebiete, ins Bild gesetzt worden. Der Besatzungsoffizier sah die Gelegenheit gekommen, die aus seiner Sicht wohl sinnlose Verzichtentscheidung rückgängig machen zu können: *Man müsste eine Volksabstimmung erreichen, dann ginge alles von alleine.*⁴⁷ Die innenpolitischen Verhältnisse waren jedoch für die Sache der Gegner der Regierungspolitik keinesfalls günstig. Für den 26. Juni 1949 waren Parlamentswahlen angesetzt worden, der nun anlaufende Wahlkampf stand ganz im Zeichen der Königsfrage und war kaum dazu angetan, ein doch eher marginales Thema in den Vordergrund zu rücken.⁴⁸ Dies illustriert auch der Ton der Debatte, in der es weniger um die Belange der Grenzbevölkerung, als um das Prestige Belgiens in Deutschland ging. Sowohl der konservative Politiker Paul Struye als auch Pierre Nothomb beklagten die Schwäche der belgischen Außenpolitik, die gegenüber den Deutschen allzu entgegenkommend sei. In seiner Replik ironisierte Spaak diese Kritik, indem er die britische Zeitung *Observer* zitierte: *„Unter der Leitung seines brillanten Premierministers hat Belgien entscheidend zur Einigung Europas nach dem Krieg beigetragen. Das Land hat gerade gezeigt, dass es fähig ist, eine erstrangige Rolle auf moralischer und intellektueller Ebene zu spielen.“* Für jemanden, der gerade sein Gesicht verloren hat, ist das ja wohl nicht so schlecht! Danach wandte er sich im selben Ton der Situation im deutschen Grenzgebiet zu. *So schlecht kann die Lage dort nicht sein, schließlich hat man neben einer Kirche ein Plakat aufgehängt, auf dem es hieß: „Mützenich will Spaak und nicht Arnold“. In Wirklichkeit müsste es „Wir wollen Nothomb und nicht Arnold“ heißen. Das scheint mir auch nicht die Haltung gegenüber einem Mann zu sein, der*

⁴⁶ APS, 1948–1949, S. 1398 (11.5.1949).

⁴⁷ Mosbeux an Nothomb, 6.5.1949 (UCL, Papiers Nothomb, 5130). Mosbeux hatte leider keine Kopie der Petition mehr erhalten können, seine Zusammenfassung für Nothomb belegt aber eindeutig, dass er sie gesehen haben muss. Das Außenministerium mahnte später bei der Lektüre der Berichte Mosbeux' Vorsicht an, da dieser *Sympathien für die abgesetzten Gemeinderatsmitglieder*, d. h. die Verfasser der Petition, erkennen ließe. S. Chronologie des incidents de Mützenich, 21.6.1949 [AMAEB, 12891 (ID)].

⁴⁸ Dazu nur die jüngste Überblicksdarstellung: Vgl. VINCENT DUJARDIN, *La Régence 1944–1950. Les clés d'une Belgique nouvelle*, in: MICHEL DUMOULIN u.a. (Hrsg.), *Nouvelle Histoire de Belgique*, Bd. 2: 1905–1950: *La Belgique sans Roi 1940–1950*, o.O. [Brüssel] 2006, S. 125–148.

*das Gesicht verloren hätte.*⁴⁹ Für die nächsten fünf Jahre sollte dies die letzte Stellungnahme Spaaks als Minister zur Grenzfrage sein. Ob seine Erklärungen die skeptischen Parlamentarier zu überzeugen vermochten, darf bezweifelt werden. Die Belgier, die eine härtere Linie in der belgischen Außenpolitik bevorzugt hätten, werden kaum für den Premierminister gestimmt haben, als es im Juni 1949 an die Urnen ging.

Und so geschah zunächst einmal nichts. Am 24. Mai 1949 begannen jedoch die Wellen höher zu schlagen. An diesem Tag informierten das *Grenz-Echo* und die *Libre Belgique* über die Petition und veröffentlichten eine Zusammenfassung der Mützenicher Forderungen. Dabei handelte es sich quasi um eine wörtliche Übersetzung des Briefes, in dem Hauptmann Mosbeux Senator Nothomb über das Bittschreiben informiert hatte.⁵⁰ Nothombs Kontakte zu dem Brüsseler Blatt waren hinlänglich bekannt. Doch auch der Sitz der Verwaltung des Generals Bolle und das Redaktionsgebäude der Eupener Zeitung lagen nur einen Steinwurf voneinander entfernt. Ebenfalls am diesem Tag setzte der Vorsitzende des Grenzausschusses, Leo Schwering, seinen Parteikollegen Karl Arnold ins Bild. Er habe zwar von der Enttäuschung der Mützenicher gewusst, gleichzeitig aber gehofft, die Bevölkerung werde sich *mit der Zeit* beruhigen. Dies sei offensichtlich nicht der Fall gewesen.⁵¹

Das Aachener Regierungspräsidium beschloss, zunächst vor Ort Erkundigungen einzuziehen. Der erste Lagebericht oblag dem Kreisoberinspektor Lambert Peters. Dieser hatte zuerst zu klären, ob es sich um eine *offizielle Eingabe des Gemeinderates* oder um eine *Eingabe verschiedener belgisch gesinnter Einwohner* handele. Dies gelang ihm erst bei einem Gespräch mit Bürgermeister Steffens. Dieser habe ihm mitgeteilt, Mützenich habe sich schon längere Zeit auf eine Eingliederung durch Belgien eingerichtet. Deshalb sei die Entscheidung Belgiens sehr negativ aufgefasst worden. Laut Peters habe Steffens zur Rechtfertigung immer wieder betont: *Wir müssen zu unserem Wald oder der Wald muss zu uns*. Nach der Monschauer Kundgebung habe der Gemeinderat einstimmig, aber inoffiziell beschlossen, eine Bittschrift nach Brüssel zu senden. Dabei sei jedoch der Gemeindedirektor Lauscher nicht einbezogen gewesen.⁵² In der Folge weigerte sich Steffens, Peters nach Aachen zu begleiten, um dort den Sachverhalt mit dem Regierungspräsidenten Lude zu erörtern.⁵³

⁴⁹ APS, 1948–1949, S. 1398 (11.5.1949).

⁵⁰ *Grenz-Echo*, 24.5.1949, S. 1. – *La Libre Belgique*, 24.5.1949, S. 1.

⁵¹ Schwering an Arnold, 24.0.1949 (HStK, NL 1193, 105).

⁵² Eingabe des Gemeinderats von Mützenich an den belgischen Ministerpräsidenten Spaak. Bericht des Kreisoberinspektors Lambert Peters, 24.5.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

⁵³ Aktenvermerk des Kreisoberinspektors Lambert Peters, 25.5.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

Die Reaktion ist bekannt: das Regierungspräsidium beschloss, den Mützenicher Gemeinderat mit sofortiger Wirkung zu suspendieren. Diese Entscheidung wurde durch den nordrhein-westfälischen Innenminister Menzel bestätigt.⁵⁴ Am 30. Mai tagte der Hauptausschuss des Monschauer Kreistags und bestellte sich selbst nach §112 DGO zur Übernahme der Aufgaben des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung. Darüber hinaus bestimmte der Ausschuss mit der Landtagsabgeordneten Maria Flink, die der Zentrumsparterie angehörte, eine kommissarische Bürgermeisterin.⁵⁵

In der Zwischenzeit berichtete die belgische Presse über die Suspendierung des Gemeinderats.⁵⁶ Der Christdemokrat Paul Struye, ein ständiger Kritiker der Politik Spaaks, sprach in *La Libre Belgique* von einer *Entwicklung, die voraussehen war* und forderte die sofortige Eingliederung.⁵⁷ Für Henri Michel war Mützenich *zwischen die Fronten* geraten. Der *Kampf um Mützenich* spitze sich mehr und mehr zu.⁵⁸ Dabei spielte er auf ein Schreiben der suspendierten Gemeindevertretung an den Aachener Regierungspräsidenten an. Hierin wurde die Suspendierung als *illegal* bezeichnet, da die Volksvertretung *in freier Wahl* bestimmt worden sei. Dabei war die Wortwahl nicht gerade zimperlich: *Oder lebt man immer noch in dem Wahn, dass einige Düsseldorfer Diktatoren oder Preußische Doktoren das Volk seien? Es sind noch immer die alten Goebels- und Hitler-Schläger: Ein Volk, ein Reich, ein Verführer und ... ein Hereinfall!*⁵⁹ Eine Kopie des Schreibens landete wiederum im Brüsseler Außenministerium, das diesmal – im Gegensatz zur Petition – eine Übersetzung anfertigen ließ.⁶⁰ Diese vermeintlichen oder tatsächlichen pro-belgischen Kundgebungen stachelten Spaaks Widersacher nur noch mehr an. Nothomb forderte in einem offenen Brief an Spaak eine

⁵⁴ Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen an Regierungspräsident Aachen, 27.5.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁵⁵ Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am Montag, den 30. Mai 1949. Außerhalb der Tagesordnung, o.D. (HStAD, BR 1047, 299). Auch Karl Arnold wurde über diesen Schritt informiert: Regierungspräsident Aachen an Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 31.5.1949 (HStAD, NW 179, 1355). Leo Schwering war ebenfalls mit den Maßnahmen einverstanden: Abschrift eines Interviews mit Leo Schwering, 31.5.1949 (HStK, NL 1193, 105).

⁵⁶ *Le Soir*, 29.5.1949, S. 5. – *La Libre Belgique*, 1.6.1949, S. 2. – *Grenz-Echo*, 1.6.1949, S. 3. – Entwurf eines Berichts von General Goethals, 31.5.1949 (Sanctions allemandes à l'égard de la municipalité de Mützenich) [MRAHM, Papiers Goethals, 38/3, 11–16].

⁵⁷ *La Libre Belgique*, 2.6.1949, S. 1.

⁵⁸ *Grenz-Echo*, 3.6.1949, S. 4.

⁵⁹ Gemeindevertretung Mützenich [i.A. Bürgermeister gez. Steffens] an Regierungspräsident Aachen, 28.5.1949 [AMAEB, 12891 (II)].

⁶⁰ Die belgischen Stellen, insbesondere die Besatzungsbeamten, verfolgten die Ereignisse aus der Nähe und schickten detaillierte Berichte nach Brüssel; Leiter CAMTO an Verteidigungsminister (Kabinett), 7.6.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129).

freie Abstimmung unter Aufsicht der UNO.⁶¹ *La Libre Belgique*, die in Spaak schon immer das schwarze Schaf in der Königsfrage erblickt hatte, fragte den Minister, was er zu tun gedenke. Dabei zitierte sie König Albert I., der *vorgab, immer ängstlich gegenüber denjenigen seiner Minister zu sein, die eine internationale Reputation besaßen, da er sich fragte, welche nationalen Interessen sie wohl opfern würden.*⁶²

In Mützenich selber ging es nunmehr recht arg zur Sache. Deutlich waren dabei die Verfasser eines Plakates geworden, das laut *Grenz-Echo-Bericht im Zentrum des Dorfes zum Aushang gelangte, das allgemeine Heiterkeit auslöste, bis es mehrere Stunden später von amtlicher Seite entfernt wurde*. Darin hieß es: *Es blökt das Schaf, Es brüllt das Rind, Weil die Mützenicher Keine Preußen sind!*⁶³ Auch auf anderen Plakaten mit anti-preußischen Parolen wurde die Wiedereinsetzung des Gemeinderats gefordert.⁶⁴

Doch auch die pro-deutschen Teile der Bevölkerung nahmen kein Blatt vor den Mund. In einem Flugblatt mit dem Titel *Treue der Heimat!* konnte man lesen: *Das Vaterland soll hören, dass auch noch Mützenicher ihm Treue schwören. Nicht wie unsere Gemeindeväter, diese verruchten Hoch- und Vaterlandsverräter. Sie glauben sich als des Dorfes Prominenz und sind lauter Bestien von Intelligens [sic]. Tüchtiger als Kant und Fichte machen diese Heiligen Weltgeschichte. In der Folge erging sich der anonyme Verfasser in persönlichen Anfeindungen und Diffamierungen gegenüber den Unterzeichnern der Petition und sonstigen von ihm als pro-belgisch identifizierten Gemeindebewohnern. Zum Schluss fragte er nach der Haltung Belgiens und legte nach: *Ich liebe den Verrat, aber ich hasse den Verräter. Schlagt tot die Separatisten und unterstützt uns in unserem Kampf gegen diese Lumpen.*⁶⁵*

Was als Dorfposse hätte abgetan werden können, fand dann jedoch auch den Weg in überregionale Blätter. So berichtete der *Spiegel* am 9. Juni 1949 vom *Dolchstoß in Mützenich*.⁶⁶ In sarkastischer Manier wurde die Haltung des suspendierten

⁶¹ Ebenda.

⁶² *La Libre Belgique*, 5.6.1949, S. 1.

⁶³ *Grenz-Echo*, 3.6.1949, S. 4.

⁶⁴ Abschrift eines Plakats, das am 6. Juni 1949 in Mützenich angebracht war. *Ihr fremden Demokraten von Mützenich! Warum die fremde Verwaltung? In der Einigkeit liegt die Stärke! Setzt wieder ein Bürgermeister, Gemeindevertretung und Sekretär* (HStAD, BR 1047, 299). Vgl. *Grenz-Echo*, 8.6.1949, S. 3.

⁶⁵ Abschrift eines Plakats, o.D. (HStAD, BR 1047, 299).

⁶⁶ *Der Spiegel*, 9.6.1949 [HStAD, BR 1047, 299, Abschrift]. Das Magazin bezeichnete den Aachener Regierungspräsidenten als *Revolver-Lude* und die von Innenminister Menzel unternommenen Schritte als *Regierungs-Feme*.

Gemeinderats porträtiert: *Dass sie deswegen* [wegen der Petition; C.B.] *als Landesverräter beschimpft werden, ist den Mützenichern offensichtlich schnuppe. Denn die Mützenicher sind unverbesserliche Demokraten. Sie meinen, sie könnten selber darüber bestimmen, wohin sie wollen. Die Hauptforderung der westdeutschen Anti-Annexionspropaganda sei ja die Volksabstimmung. Jetzt – sagen die Mützenicher – stelle sich heraus, dass man für Volksabstimmung nur sei, wenn die Deutschen gegen die Abstimmung stimmen.* Die Nominierung einer kommissarischen Bürgermeisterin wurde ebenfalls süffisant kommentiert: *Sie soll die Mützenicher vom Landesverrat reinwaschen. Die wollen aber gar nicht. Sie wollen ihr Holz und ihr Land.*

Der *Spiegel*-Artikel sollte nur einen Tag nach seiner Veröffentlichung auch in Mützenich Bekanntheit erlangen. Für den 10. Juni hatte der Hauptausschuss des Kreistages in seiner Eigenschaft als kommissarische Gemeindevertretung eine öffentliche Sitzung in einem örtlichen Lokal einberufen. Als jedoch die diensttuende Bürgermeisterin Flink das Wort ergreifen wollte, wurde sie sogleich vom ehemaligen Kreistagsabgeordneten Albert Gehlen und einigen mit dem Hamburger Magazin winkenden Mützenichern unterbrochen. Von den über 300 erschienenen Mützenichern wurde den *ingedrungenen Diktatoren* (so Gehlen) bedeutet, dass sie unerwünscht seien. Der suspendierte Bürgermeister Steffens schloss die Sitzung, um eine *öffentliche Volksversammlung* zu eröffnen. In den darauffolgenden Tumulten war es für die Vertreter des Kreistags unmöglich, sich Gehör zu verschaffen.⁶⁷ Ein Berichterstatter bemerkte ironisch: *Die Amtspersonen erleichten. Das hatten sie nicht erwartet.*⁶⁸ Einer der Anwesenden forderte sie unmissverständlich zum Gehen auf: *Mützenicher, wir legen den Diktatoren die Platte vom Auszug der Gladiatoren auf.* In der Tat verließ die Delegation unter Führung Flinks das Lokal inmitten jubelnder Mützenicher. Anschließend sprachen diese, so notierten es zumindest einige Beobachter, dem suspendierten Gemeinderat ihr Vertrauen aus und forderten die Wiedereinsetzung. Und dies,

Eine Sammlung verschiedener Presseberichte bei: K.M. [Kurt Mertens], Die Mützenicher „Los-vom-Reich“-Bewegung. Eine Dokumentation der Ereignisse von 1949 in Presseberichten, in: Monschauer Land, Jahrbuch 1983, S. 82–90 (der Spiegel-Bericht, S. 82–83). Aus Gründen der Pietät mussten bei dieser Publikation noch sämtliche Namen geschwärzt werden. Man befürchtete nachteilige Folgen für die Nachkommen (Auskunft von Herrn Peter Josef Weiss, Monschau).

⁶⁷ Niederschrift über die Vorgänge anlässlich der Anberaumung der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 10.6.1949 [gez. Flink, k. Bürgermeister; Paustenbach, k. Gemeindevertreter; Lauscher, Amtsdirektor], 10.6.1949 (HStAD, BR 1047, 299). Auch die belgischen Besatzungsstellen fertigten einen Bericht an, der den Fakten des deutschen Berichtes entsprach, aber keine Wertungen vornahm; vgl. Réunion du Conseil communal à Mützenich le 10.5.1949 [sic], Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 15.6.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129).

⁶⁸ Grenz-Echo, 13.6.1949, S. 5.

nicht ohne zuvor auf die Waldbesitzungen in Belgien und auf die sträfliche Vernachlässigung durch die Düsseldorfer Landesregierung hingewiesen zu haben.⁶⁹

Die Mitglieder des Hauptausschusses versammelten sich direkt nach ihrem erzwungenen Auszug in Monschau, um über weitere Schritte zu beraten. Einstimmig fasste der Ausschuss schließlich den Beschluss, seinen Auftrag zurückzugeben, da er *sich infolge der ablehnenden und drohenden Haltung der Bevölkerung von Mützenich nicht in der Lage [sieht], eine für die Gemeinde fruchtbringende Arbeit zu leisten [...].* In der Übermittlung dieses Beschlusses an den Aachener Regierungspräsidenten Lude hieß es: *Die sich [...] im Gasthof 'Zum Nasen Hof' in Mützenich abgespielten Vorgänge müssen als jeder staatlichen Ordnung Hohn sprechender Art sowie als organisierter Terror und als Aufwiegelung der Volksmassen gegen jede staatliche Autorität angesehen werden.* Die Nerven lagen blank.⁷⁰ Regierungspräsident Lude wies in der Folge den Amtsdirektor des Nachbarörtchens Imgenbroich an, die Geschäfte weiterzuführen. Außerdem verweigerte er Steffens die Aushändigung der Schlüssel zum Gemeindehaus.⁷¹ Einer vom Amtsdirektor zunächst befürchteten Amtsanmaßung hatten die Mitglieder des suspendierten Rates sich jedoch auch zehn Tage später noch nicht schuldig gemacht.⁷² Trotzdem nahm nun die Düsseldorfer Landesregierung die Angelegenheit mehr und mehr selber in die Hand.

So ließ sich Karl Arnold über die Person des suspendierten Bürgermeisters Steffens unterrichten.⁷³ Außerdem entsandte er den ehemaligen Landrat und Verleger der *Kölnischen Rundschau*, Reinhold Heinen, nach Mützenich. Er sollte dort das Terrain für einen tolerierten Übergangsbürgermeister sondieren. Sein

⁶⁹ Niederschrift über die Vorgänge anlässlich der Anberaumung der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 10.6.1949 [gez. Flink, k. Bürgermeister; Paustenbach, k. Gemeindevertreter; Lauscher, Amtsdirektor], 10.6.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

⁷⁰ Vorgänge in Mützenich aus Anlass einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung. Oberkreisdirektor Monschau an Regierungspräsident Aachen, 10.6.1949 [*Eilt sehr!*] (HStAD, BR 1047, 299). Gegenüber einem amerikanischen Journalisten musste sich der Oberkreisdirektor eine Woche später für die Suspendierung des Gemeinderats rechtfertigen, außerdem musste er sich gegen Vorwürfe zur Wehr setzen, die Mützenicher nunmehr bei der Lebensmittelzuteilung zu benachteiligen. Aktennotiz des Oberkreisdirektors von Monschau, 17.6.1949 (HStAD, BR 1047). – Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 20.6.1949 [vertraulich] (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129).

⁷¹ Regierungspräsident Lude an Ministerpräsident Arnold und Innenminister Menzel, 13.6.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

⁷² Lauscher an Regierungspräsident Aachen, 23.6.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

⁷³ Hierbei ging es vor allem um die Rolle, die Steffens in der Frage der Nutzung der Mützenicher Gemeindewälder nach dem Ersten Weltkrieg und der Abtretung Eupen-Malmedys gespielt hatte. Viktor Niewisch, Leitender Regierungsdirektor a.D., an Ministerpräsident Arnold, 23.6.1949. – Arnold an Niewisch, 30.6.1949 (HStAD, 179, 1355).

Bericht erwies sich als eine der wenigen luziden Beobachtungen: *Nach meinen Eindrücken ist der Schwebezustand und das Hin und Her, in dem die Mützenicher Bevölkerung so lange Zeit hinsichtlich ihres Schicksals schwebte, zwar der Hintergrund für die traurige Entwicklung; aber dieselbe ist – wie Mützenicher maßgebende Leute behaupten und durch eine Reihe von Einzelheiten glaubhaft belegen – ausgelöst worden durch eine Reihe von Ungeschicklichkeiten und Versäumnissen der Behörden, von Monschau bis Düsseldorf. Es wird nicht leicht sein, wenigstens eine Entspannung und damit den für eine Umstimmung erforderlichen Zeitgewinn zu erreichen.*⁷⁴

Unterdessen hatte sich auch die Presse der nicht zustande gekommenen Gemeinderatssitzung angenommen. Die regionale *Aachener Volkszeitung* sprach von einem *Tumult in Mützenich*, berichtete danach aber eher nüchtern über den Auszug des kommissarischen Gemeinderats und dessen Rücktritt.⁷⁵ Während einige überregionale Blätter und Nachrichtenagenturen über *Mützenich ohne Verwaltung* berichteten, kolportierte die *Associated Press* die Aussage eines Sprechers der Landesregierung, der das Verhalten der Mützenicher als *Landesverrat* bezeichnet hatte.⁷⁶ Während derselben Pressekonferenz habe Ministerialdirektor Jenner ebenfalls erklärt, *ob die Bürger von Mützenich Gelegenheit zu einer Abstimmung erhalten werden, bleibe abzuwarten. Das sei eine Sache des Kabinetts und des Ministerpräsidenten.* Dies missfiel wiederum Henri Michel, der im *Grenz-Echo* die Vorläufigkeit der belgischen Entscheidung betonte und darauf verwies, dass Belgien *Mützenich zu jeder Stunde, genau wie Bildchen und Losheim unter die Hoheit seines Militärgouverneurs stellen kann.*⁷⁷

In den Mittelpunkt der belgischen Diskussionen rückte schnell die Haltung der Regierung. Paul Struye fragte sich zum wiederholten Male, ob diese wohl passiv zu bleiben gedenke.⁷⁸ Auch Pierre Nothomb griff zur Feder und richtete einen Brief an Premierminister Spaak, in dem er diesen aufforderte, die Eingliederung

⁷⁴ Heinen an Arnold, 19.6.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁷⁵ *Aachener Volkszeitung*, 11.6.1949, zitiert nach: K.M., Presseberichte (wie Anm. 66), S. 85.

⁷⁶ *Die Welt*, 14.6.1949, „Mützenich ohne Verwaltung“; Deutscher Presse-Dienst, Mützenicher Verwaltung weiterhin kommissarisch“; *Associated Press*, „Verräter“; *Die Welt*, „Kommissarische Verwaltung bleibt“. Alle Zitate aus: K.M., Presseberichte (wie Anm. 66), S. 86–87. Die wohl ungeheuerlichste Reaktion traf aus den USA ein. Ein dort lebender deutscher Staatsbürger setzte ein Kopfgeld von 500 \$ auf den suspendierten Gemeinderat aus! [Dr. Hubert Schnuch, Chicago, an Maria Flink, amtierende Bürgermeisterin von Mützenich, 4.7.1949 (HStAD, BR 1047, 299)].

⁷⁷ *Grenz-Echo*, 17.6.1949. Einige Tage später verwies man nochmals darauf, dass die belgische Regierung ihre Stellungnahme zur Vorläufigkeit bisher nicht widerrufen habe. Ebd., S. 1, 25.6.1949.

⁷⁸ *La Libre Belgique*, 16.6.1949, S. 1. – *Le Soir*, 15.6.1949, S. 3 sprach im Zusammenhang mit der gescheiterten Ratssitzung von einem Widerstand Mützenichs gegenüber Arnold.

Mützenichs dringend ins Auge zu fassen. Er warf ihm vor, nichts über die dortigen Vorgänge zu wissen, *vom preußischen Druck und der Unterdrückung, vom Willen der Bevölkerung, ein Plebiszit zu erhalten.* Er bedauerte zudem die Tatsache, dass es unmöglich sei, Spaak im Parlament zu interpellieren.⁷⁹ Um wenige Tage vor den Wahlen den Druck zu erhöhen, machte der Senator seinen Brief kurze Zeit später öffentlich.⁸⁰

Nothombs Bemühungen schienen nicht zu fruchten. Die belgischen Besatzungsbehörden berichteten über eine nach wie vor ungeklärte Situation in Mützenich. Die pro-belgischen Elemente ließen eine gewisse Unsicherheit erkennen.⁸¹ Der von den Kreisbehörden als *Hauptträdelsführer*⁸² ausgemachte Albert Gehlen wandte sich in einem Brief an Nothomb. Er forderte die Eingliederung Mützenichs vor dem 14. August, dem Datum der ersten Bundestagswahl. Außerdem berichtete er über Aktivitäten in Mützenich, wo die Landesregierung zur Förderung öffentlicher Arbeiten übergegangen sei und Zuschüsse gewähre.⁸³ Einen zum Verständnis von Nothombs Vorstellungen und zu seiner Reaktion auf die Nicht-Eingliederung Mützenichs unabdingbaren Schlüssel liefert wohl ein wenige Tage später erschienener Artikel mit dem Titel *Les Mützenichois* („Die Mützenicher“). Der Titel klang nicht von ungefähr wie *Les Munichois* („Die Münchner“). Die Leitfigur der belgischen Annexionisten erklärte denn auch gleich zu Beginn: *Die Politiker, die bereit sind, nachzugeben, sind überall die gleichen. Jeder macht ein München nach seiner Größe. Aber letztendlich sind alle immer gleich dupiert [...] Um daran zu erinnern, in unserer Deutschlandpolitik ist Mützenich nicht nur ein Symbol. Es ist ein Anfang.* Zum Schluss forderte er wiederum eine international überwachte Abstimmung.⁸⁴

⁷⁹ Nothomb an Spaak, 15.6.1949 (UCL, NL Pierre Nothomb, 5130). Spaaks Schwierigkeiten, die Mützenicher Ereignisse zu verfolgen, erschließen sich recht leicht. Zwischen NATO- und UNO-Gründung, Begegnung mit König Leopold III. und Wahlkampf im Zeichen der Königsfrage wird für die Peripetien an der deutsch-belgischen Grenze kaum Zeit geblieben sein. Dazu kommt sein Hang, die Dinge passiv zu verfolgen und sich entwickeln zu lassen; eine Taktik, die auch seine engsten Mitarbeiter in dieser Sache verfolgten. Vgl. MICHEL DUMOULIN, Spaak, Brüssel 1999, S. 347–357. – DUJARDIN, Régence 1944–1950 (wie Anm. 48), S. 136–138.

⁸⁰ *Grenz-Echo*, 21.6.1949, S. 4.

⁸¹ Woussen an Kabinett des Verteidigungsministers, 15.7.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129).

⁸² Vorgänge in Mützenich aus Anlass einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung. Oberkreisdirektor Monschau an Regierungspräsident Aachen, 10.6.1949 [„Eilt sehr!“] (HStAD, BR 1047, 299).

⁸³ Gehlen an Nothomb, 24.7.1949 (AMAEB, 12886). Vgl. *Grenz-Echo*, 1.8.1949, S. 3. In diesem Artikel kamen weitere „pro-belgische“ Mützenicher zu Wort, die sich über das *preußische Joch* der Düsseldorfer Politik beschwerten.

⁸⁴ *La Libre Belgique*, 28.7.1949, S. 1.

Noch am 2. September, als die Affäre eigentlich beendet war, versuchten Nothomb und seine Mitstreiter den neuen Außenminister, ihren christdemokratischen Parteikollegen Paul van Zeeland, von der Notwendigkeit einer Eingliederung Mützenichs zu überzeugen.⁸⁵ Ohne Erfolg, wie sich zeigen sollte.

Die deutschen Behörden berieten unterdessen, wie sie die Situation entschärfen könnten. Der Grenzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags erkannte vor allem im Versuch der Abhaltung einer Gemeinderatssitzung durch den Monschauer Kreisausschuss einen Fehler. Streng juristisch sei die Sitzung keinesfalls notwendig gewesen. Trotz alledem wurde das Verhalten der Mützenicher quer durch alle Parteien als *verwerflich* gebrandmarkt. Die Bevölkerung hätte ihre Bemühungen um Unterstützung durch die Landesregierung intensivieren müssen.⁸⁶

Wesentlich sachlicher ging es bei einem Gespräch in Aachen zu, an dem unter anderem Maria Flink und der ehemalige Monschauer Bürgermeister Breuer teilnahmen. Alle Anwesenden waren sich in der Zielvorstellung einig, dass die Suspendierung, die am 1. September 1949 automatisch ablaufen würde, möglichst nicht verlängert werden sollte. Aber auch diese Runde war nicht gegen kuriose Vorschläge gefeit. So wurde ein Antrag besprochen, in dem der Mützenicher Dorfschullehrer um Mittel für Ausflüge zu *schönen Punkten der deutschen Heimat* bat. Das Protokoll verzeichnete Zustimmung, da diese Anregung *als für die Gewinnung der Eltern für das deutsche Empfinden wesentlich anerkannt wird*.⁸⁷

Bürgermeister Breuer erhielt in der Folge von Ministerpräsident Arnold den Auftrag, regelmäßig Berichte über die Situation in Mützenich nach Düsseldorf zu übermitteln. Im ersten dieser Berichte hob er die *vollkommene Ruhe und Ordnung*, die in Mützenich herrsche, hervor. Die Bevölkerung erkenne besonders die Bemühungen der Landesregierung im Wegebau an.⁸⁸ Breuer suchte das direkte Gespräch mit den Mitgliedern des suspendierten Gemeinderats. Nach einem Gespräch mit Wilhelm Steffens strahlte er große Zufriedenheit aus. Der amtsenthobene Bürgermeister habe ihm versichert, der Kontakt nach Belgien beruhe vor allem auf der Tatsache, dass Düsseldorf der Not der Bevölkerung zu wenig

⁸⁵ Senator Baltus (PSC-CVP) an Paul van Zeeland, 2.9.1949 (AMAEB, 12886). Auch in der Grenzregion gab es einige Persönlichkeiten, die gegen die vermeintliche Schwäche der Regierungsposition ankämpften, vgl. Maurice Lang, Malmédy, an Pierre Nothomb und Paul Struye, 15.8.1949 (UCL, NL Pierre Nothomb, 5130).

⁸⁶ Debatte über Mützenich und Stellungnahme des Grenzausschusses zu grenzpolitischen Fragen, 23.6.1949 (HStAD, NW 190, 445).

⁸⁷ Aktenvermerk [unsigniert], 24.7.1949 (HStAD, BR 1047, 299).

⁸⁸ Breuer an Arnold, 30.7.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

Rechnung getragen habe. Dies habe sich jedoch, laut Steffens, in der Zwischenzeit geändert, was die Bevölkerung auch zu würdigen wisse. Er werde sie jedenfalls auch ermutigen, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Breuer bemerkte: *Ich glaube, dass es nicht mehr schwer sein wird, bald eine Lösung zu finden, die in weiten Kreisen Befriedigung auslöst*.⁸⁹ Auch der ehemalige Landrat Weishaupt, einer der Unterzeichner der Petition, zeigte sich kooperationsbereit.⁹⁰

In den Augen der Landesregierung stellte die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 für die Mützenicher Bevölkerung einen Test dar. Sie sollte ihre Treue zu Deutschland demonstrieren können. Die Wahlbeteiligung in der Ortschaft lag schließlich bei 77 Prozent, was Breuer als *glänzend* beurteilte. *Die Stellungnahme des katholischen Pfarrers hat aber wohl [...] den Ausschlag gegeben. Wenn man die bekannten Vorgänge und die Nachwirkungen [...] abwägen kann, dann stellt der Wahlausgang eine Art Reue-Akt dar. [...] Dabei muss noch hervorgehoben werden, dass sämtliche suspendierten Gemeinderatsmitglieder gewählt haben*.⁹¹ Wenig später wurde ihm jedoch von einem ungenannten Kreistagsabgeordneten bedeutet, die Wahl der Mützenicher sei *aus christlichen Gründen* erfolgt und biete sicher keine Begründung für die Aufhebung der Suspendierung.⁹²

Nachdem er erste Anzeichen von Entspannung zu erkennen geglaubt hatte, entwarf Ministerpräsident Arnold persönlich eine Erklärung, die der suspendierte Gemeinderat verabschieden sollte. Daraus sollte die Einsicht in dessen Fehlverhalten hervorgehen, was zu einer Aufhebung der Suspendierung führen könne.⁹³ Breuer sah in der Woche nach den Wahlen den Moment gekommen, mit dieser Erklärung an den Gemeinderat heranzutreten. Er habe den *Willen der Bevölkerung mitzuarbeiten* erkannt.⁹⁴

Am nächsten Tag verkündete Johann Weishaupt jedoch dem verutzten Breuer, der Gemeinderat weigere sich, die Erklärung abzugeben. Grund dafür sei vor allem die Tatsache, dass die Wähler den Kurs der Gemeindevertretung immer

⁸⁹ Breuer an Arnold, 7.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁹⁰ Breuer an Arnold, 13.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁹¹ Breuer an Arnold, 15.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355). Schon am Wahlabend hatte der Oberkreisdirektor Arnold in einem Telegramm über die Wahlbeteiligung informiert, vgl. Nickels an Arnold, 14.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁹² Breuer an Arnold, 17.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355). So sah es im Übrigen auch Jules Mosbeux, dessen Berichte keine Spur von Resignation aufwiesen [Woussen an Generalmajor Beernaert, Kabinettschef des Verteidigungsministers, 29.8.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129)].

⁹³ Arnold an Breuer, 12.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355): *Man soll nicht merken, dass der Entwurf von mir stammt*. Der Text war mit Innenminister Menzel abgestimmt.

⁹⁴ Breuer an Arnold, 20.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

mitgetragen hätten. Außerdem drückte er eine latente Furcht davor aus, was geschehen könnte, wenn die Gemeinde schließlich doch noch zu Belgien käme. Der ehemalige Landrat forderte schließlich eine Wiedereinsetzung ohne Bedingungen.⁹⁵

Auch Jules Mosbeux berichtete von dieser Unterredung nach Brüssel. Er fügte jedoch hinzu, dass es nach seinen Informationen am nächsten Tag zu einem heftigen Streit zwischen dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Arnold und dem sozialdemokratischen Innenminister Menzel gekommen sei. Letzterer habe auf die Weigerung mit der Einsetzung eines Amtsbürgermeisters reagieren wollen, was Arnold vehement ablehnte und seinem Minister eine unflexible Haltung vorwarf.⁹⁶ Wie dem auch sei, letztlich hatte Menzel sich der Autorität Arnolds gebeugt. Am 23. August setzte er Wilhelm Steffens von der Wiedereinsetzung des Gemeinderats in Kenntnis.⁹⁷

Die belgische Presse tat sich schwer, diese Rehabilitierung einzuordnen. *La Libre Belgique* behauptete, der Gemeinderat bleibe trotzdem *Belgien treu*, um sich zu fragen, was sich seit Spaaks Ausscheiden aus der Regierung eigentlich getan habe.⁹⁸ Auch das *Grenz-Echo* widersprach einer von Innenminister Menzel vorgebrachten Interpretation, wonach die Wahlen ein Votum für Deutschland gewesen seien. Die letztlich bedingungslose Wiedereinsetzung des Gemeinderates wurde als *Verzicht auf Zwangsmethoden* von Seiten Düsseldorf gedeutet. Auch die deutschsprachige belgische Zeitung fragte sich, ob sich an der Haltung der belgischen Regierung in der Zwischenzeit etwas geändert habe.⁹⁹ Diese Art der Berichterstattung veranlasste Menzel, einen Brief an die Redaktion zu richten, in dem er betonte, die Gemeindevertretung habe ihn wissen lassen, *dass sie ihren damaligen Beschluss bedaure und dass sie es begrüßen würde, wenn das gemeindliche Leben wieder in ordnungsgemäße Bahnen gelenkt werden könnte*. Henri Michel blieb jedoch bei seiner Sicht der Dinge und verwies dabei auf die angebliche Weigerung Menzels, die Suspendierung aufzuheben.¹⁰⁰

⁹⁵ Breuer an Arnold, 21.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁹⁶ Woussen an Generalmajor Beernaert, Kabinettschef des Verteidigungsministers, 29.8.1949 (SGR/SA, Cabinet MDN, 1949, CD 129). Eine Abschrift des Berichts ging auch an Nothomb [Mosbeux an Woussen, 27.8.1949 (UCL, NL Pierre Nothomb, 5130)].

⁹⁷ Innenminister Menzel an Bürgermeister von Mützenich, 23.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355). Der Text auch bei: Mosbeux an Woussen, 29.8.1949 (UCL, NL Pierre Nothomb, 5130). Auch Breuer berichtete über die Aufnahme der Entscheidung in Mützenich: Breuer an Arnold, 29.8.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

⁹⁸ *La Libre Belgique*, 3.9.1949, S. 1. Sachliche Berichte über die Wiedereinsetzung: Ebd., 31.8.1949, S. 1. – *Grenz-Echo*, 29.8.1949, S. 3.

⁹⁹ *Grenz-Echo*, 3.9.1949, S. 4.

¹⁰⁰ *Grenz-Echo*, 24.9.1949, S. 1.

Einige Wochen später traf Michel mit Reinhold Heinen zusammen. Im Verlauf des Gesprächs deutete er an, Belgien habe die Ansprüche auf Mützenich wohl endgültig fallen gelassen. Außerdem setzte er den deutschen Verleger davon in Kenntnis, dass Nothomb in der Annexionsfrage keinerlei Einfluss besitze. Die harte Haltung des führenden christlichsozialen Politikers Paul Struye in dessen Artikeln in *La Libre Belgique* erklärte er mit dessen Demokratieverständnis und betonte, sie sei keineswegs annexionistisch motiviert.¹⁰¹

Schluss: Viel Lärm um nichts?

Die „Revolte von Mützenich“ hat keine Narben im Gedächtnis der Grenzregion hinterlassen. Im Gegenteil, wenn man einmal von direkt Betroffenen und Heimatforschern absieht, ist sie in der Zwischenzeit quasi in Vergessenheit geraten. Nationalistische Reminiszenzen sucht man vergebens. Und doch ist sie ein starker Indikator für den Pegelstand deutsch-belgischer Beziehungen nach Kriegsende.

Sie legte die Motivationen der Grenzbevölkerung, die eben nicht ideologisch oder nationalistisch begründet waren, offen und demonstrierte die sozioökonomischen Probleme einer strukturschwachen Region wie der Eifel. So betonten die Mützenicher Wortführer nicht die Vorzüge Belgiens, sondern brachten vor allem ihre Beschwerden gegenüber den deutschen Behörden vor. Dass sie sich dabei manchmal einer recht eigentümlichen Rhetorik bedienten, sollte nicht überbewertet werden, zumal die Spur der „Affäre“ sich im Herbst 1949 verliert. Mützenich verschwand schnell aus den Schlagzeilen, um wenige Jahre später im Zusammenhang mit einem großen Schmugglerprozess nochmals die Besonderheiten seiner Grenzlage auch überregional zum Thema werden zu lassen.

Für die nordrhein-westfälische Landesregierung stellte sich die Frage der Reaktion in bisher kaum gekannter Heftigkeit. Ihre Vorgehensweise, genau wie die der Behörden vor Ort, stand jedoch eindeutig in Kontinuität zu den Äußerungen Arnolds und anderer führender Vertreter in der Grenzfrage. Hier ist besonders der Wandel der Rhetorik auffallend. Während zunächst jegliche Gebietsabtretung mit demselben nationalistischen Diskurs abgewehrt wurde, der auch die Proteste gegen den Verlust deutscher Territorien im Osten oder auch die drohende Abtretung der Saar charakterisierte, setzte ab 1948 eine Kalte-Kriegs-Rhetorik ein, mit der die Angst vor der Sowjetunion geschürt und ein Zusammenrücken der westeuropäischen Nachbarländer (unter Einschluss der westlichen Besatzungszonen) gefordert wurde.

¹⁰¹ Heinen an Arnold, 18.10.1949 (HStAD, NW 179, 1355).

Auch die belgische innenpolitische Entwicklung war trotz der besonderen Umstände von Wahl und Regierungswechsel eher durch Kontinuität geprägt. Die üblichen Verdächtigen meldeten sich mit ihren schon bekannten Argumenten zu Wort und spiegelten nochmals die bekannten deutschlandpolitischen Trennlinien wider. Der neue Außenminister, Paul van Zeeland, zeigte jedoch kein gesteigertes Interesse an der Angelegenheit und so wanderte der Einzelfall Mützenich wieder in den größeren Zusammenhang der Verhandlungen, welche die belgische Regierung und die Bundesregierung aufzunehmen gedachten. Diese kamen im September 1956 mit dem deutsch-belgischen Ausgleichsvertrag zu ihrem Abschluss. Darin wurde die deutsch-belgische Grenze *endgültig* – wie es in der Präambel (völkerrechtlich allerdings unverbindlich) hieß – festgelegt, was einerseits die Rückgabe der unter belgischer Auftragsverwaltung stehenden Ortschaften (v.a. Bildchen, Losheim und Hemmeres) an Deutschland einschloss und andererseits den (explizit formulierten) Verzicht Deutschlands auf das Gebiet des ehemaligen Eupen-Malmedy bedeutete.

„Mützenich“ wurde somit nicht zu einem neuen „München“, die Grenze war nach 1956 kein Kristallisationspunkt deutsch-belgischer Spannungen mehr. Das Nebeneinander im Grenzraum war nunmehr politisch abgesichert, für mehr gesellschaftliches Miteinander war damit Raum geschaffen, der jedoch nur langsam ausgefüllt wurde.

Abkürzungen

- AMAEB: Archiv des Belgischen Außenministeriums, Brüssel
- CAMTO: Centre d'Administration militaire des Territoires occupés
- HAStK: Historisches Archiv der Stadt Köln
- HStAD: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland,
Standort Düsseldorf (ehemal. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf)
- MDN: Belgisches Verteidigungsministerium
- MRAHM: Dokumentationszentrum des Königlichen Armeemuseums, Brüssel
- SGR/SA: Archiv des belgischen Verteidigungsministeriums und der
belgischen Armee, Evere
- UCL: Archiv der Katholischen Universität Louvain-la-Neuve